

---

# **Grundlagen Weißbuch / NATO / ESS**

Summer School 2016: „Meeting the Challenges“ -  
Europäische und transatlantische Strategiefindung in  
Zeiten Sicherheitspolitischer Krisen

# Gliederung

1. Einleitung: Führungsdebatte
2. Analysekonzepte zur Strategieentwicklung
3. Dynamiken der sicherheitspolitischen Strategieentwicklung der BR
4. Die NATO und trans-atlantische Strategiebildung
5. Die ESS / EUGS und die europäische Strategiebildung
6. Fazit

More from The Economist | My Subscription

The Economist World politics Business & finance Economics Science & technology Culture

Special report: Germany ▾

German leadership

## Overcoming the demons

A successful Europe requires a new kind of Germany

Jun 15th 2013 | From the print edition

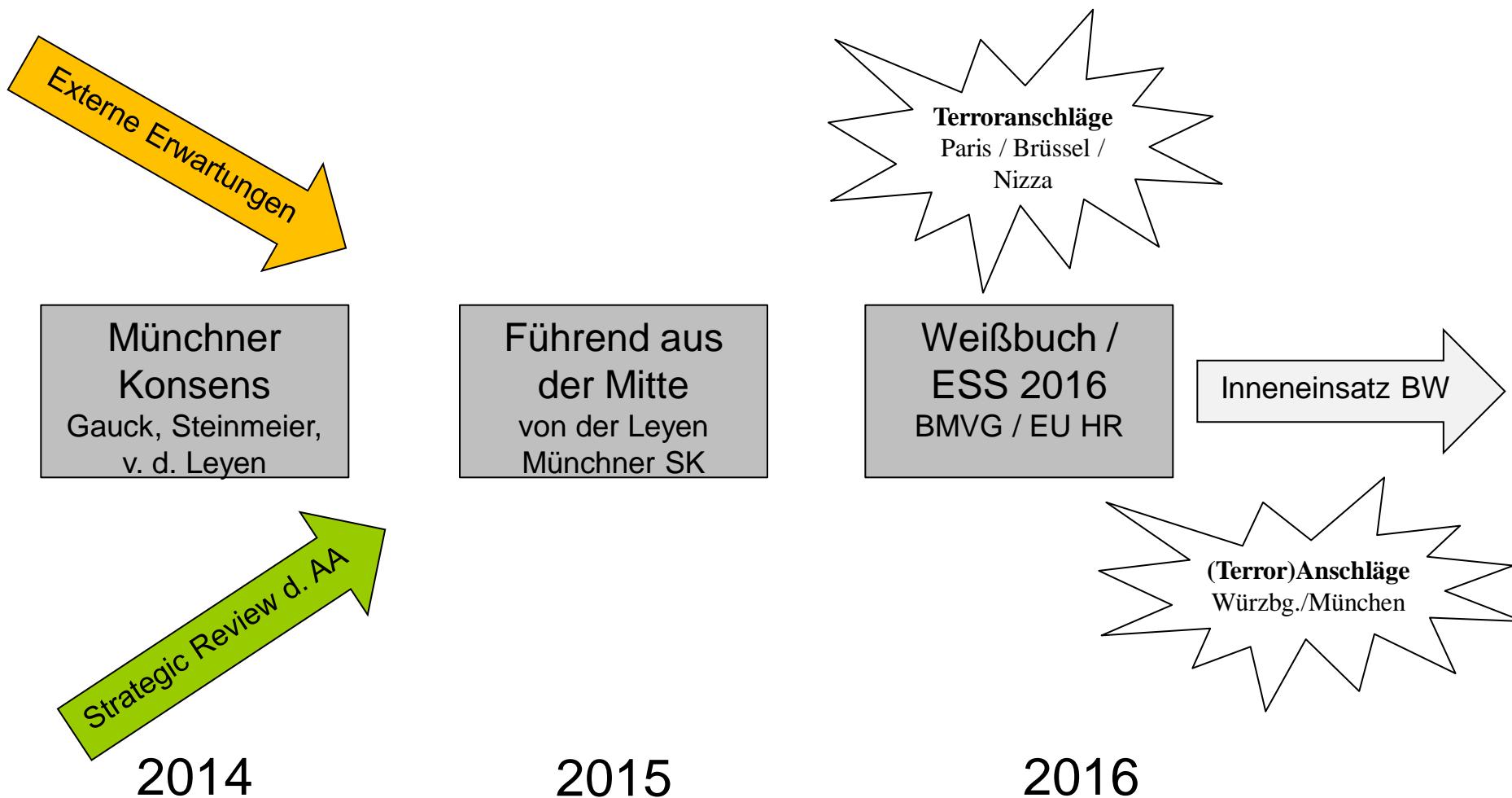
Timekeeper Like 124 Tweet 7



Alamy

EAST ENDIANESS SEVEN years to 2020, the 20th anniversary of German unification (and

# Sicherheitspolitische Debatte in der BR (seit 2014)



# Der Verantwortungsdiskurs in der dt. außenpolitischen Debatte: Münchner Konsens

*„Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben. [...] Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein Codewort. Es verschleiere, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders. [...] Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken“ (Gauck 31.1.2014).*

**„Die Übernahme außenpolitischer Verantwortung muss immer konkret sein. [...] Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“ (Steinmeier 01.02.2014)**

**„Internationale Verantwortung wird stärker als bisher auf uns zukommen. Und wir können uns nicht mehr mit dem bequemen Argument aus internationalen Einsätzen heraushalten, dass deutsche Interessen nicht berührt seien“ (De Maizière 23.8.2013).**

**Und diese Krisen und Konflikte appellieren an unser humanitäres Gewissen, nicht diejenigen im Stich zu lassen, die am meisten leiden.** Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall..(..) es bedeutet, dass wir die Verpflichtung und die Verantwortung haben, unseren Beitrag zu einer schrittweisen Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte zu erbringen. **Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht“** (Von der Leyen 31.1.2014).

# Externe Erwartungen II: Mr Radek Sikorski, Foreign Minister of Poland, Berlin, 28 November 2011

---

- Sixth, that because of your size and your history you have a special responsibility to preserve peace and democracy on the continent. Jurgen Habermas has wisely said that "If the European project fails, then there is the question of how long it will take to reach the status quo again. Remember the German Revolution of 1848: When it failed, it took us 100 years to regain the same level of democracy as before."
- What, as Poland's foreign minister, do I regard as the biggest threat to the security and prosperity of Poland today, on 28th November 2011? It's not terrorism, it's not the Taliban, and it's certainly not German tanks. It's not even Russian missiles which President Medvedev has just threatened to deploy on the EU's border. The biggest threat to the security and prosperity of Poland would be the collapse of the Euro zone.
- **And I demand of Germany that, for your own sake and for ours, you help it survive and prosper. You know full well that nobody else can do it. I will probably be first Polish foreign minister in history to say so, but here it is: *I fear German power less than I am beginning to fear German inactivity.***
- **You have become Europe's indispensable nation. You may not fail to lead. Not dominate, but to lead in reform.**

---

Quelle: [https://dgap.org/sites/default/files/event\\_downloads/radoslaw\\_sikorski\\_poland\\_and\\_the\\_future\\_of\\_the\\_eu\\_0.pdf](https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf)

# Lernziele und Aufgabenstellung

- a) Entwicklung einer gemeinsamen Sprache u. eines historischen Wissensbestandes => Dialogfähigkeit
- b) Systematisierung des gelernten in verständlichen politikwissenschaftlichen Kategorien => Analysefähigkeit
- c) Kritische Reflektion u. Diskussion aktueller sicherheitspolitischer Fragestellungen => Kritik-, Diskussions- und Handlungsfähigkeit

- I. Aktive Mitarbeit in Vortragsbasierten Veranstaltungen: Zwischenfragen + Diskussionbeteiligung
- II. Autonomes Studium zentraler strategischer Planungsdokumente der BR, der NATO und der EU sowie politikwiss. Begleittexte
- III. Kleingruppenarbeit zur Erstellung von vergleichenden Analysen, Kurzpräsentationen und Positionspapieren.

---

# Analysekonzepte zur Strategieentwicklung

## Schritt 1

# Strategiebegriff

- Strategē: stratos (griech. Heer) und agein (führen) (Aeneas um 350 v. Chr.)
- Strategie: Kriegskunst (ars belli, Flavius Vegetius Renatus, 400 v. Chr.)
- Strategem: Kriegslist (Sun Tzu, 500 v. Chr.: „Jede Kriegsführung beruht auf Täuschung“.)
- Strategie n. Clausewitz: Die Strategie ist der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges, v. Clausewitz 1998 [1832]: 157.
- Grand strategy n. B. Liddell Hart: Whereas Strategy is only concerned with winning military victory, grand strategy must take the longer view...for its problem is the winning of peace (Hart 1967: 349)

## SP- Konzept:

klar umrissener Plan,  
Programm für ein sicherheitspolitisches Vorhaben.

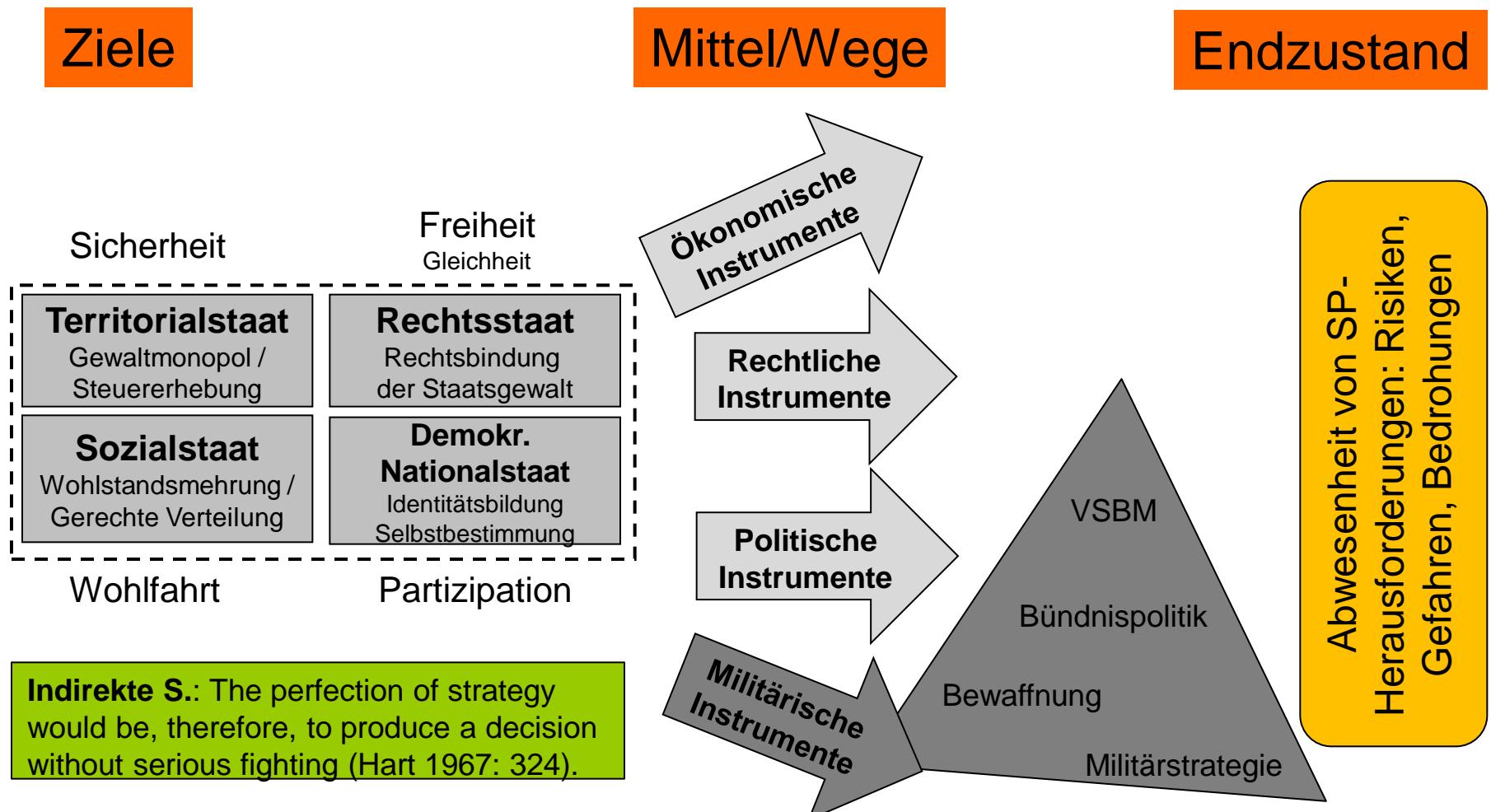
## SP- Doktrin:

System von Ansichten und Aussagen mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit für die Sicherheitspolitik.

## SP-Kultur:

Ideelle Grundeinstellungen, die in einer Gesellschaft aufgrund ihrer historischen Erfahrung im Hinblick auf die Ausrichtung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere den Einsatz militärischer Gewalt vorherrschen.

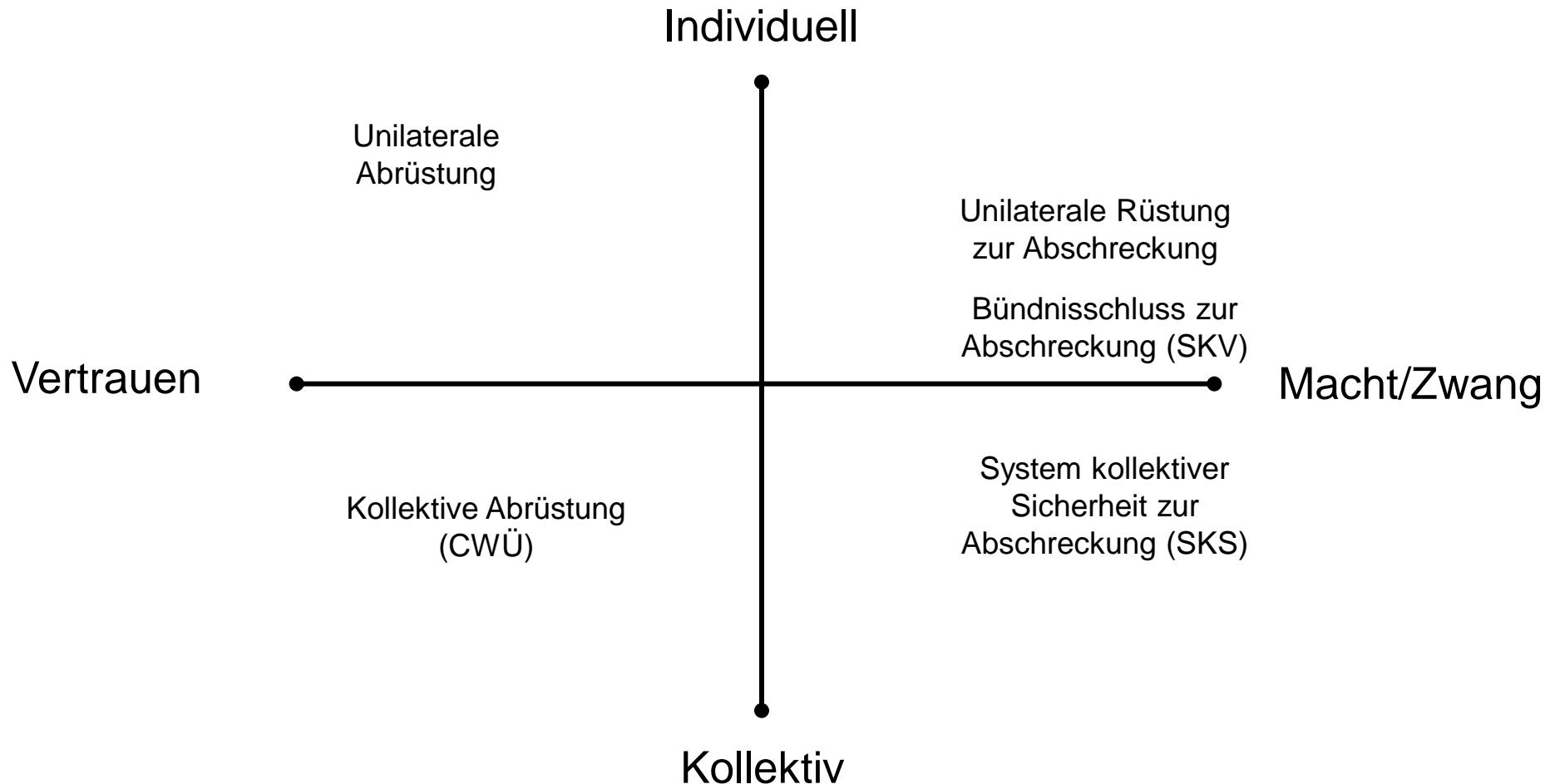
# Strategieentwicklung: Veränderung von Ziel/Mittelrelation



# Unterscheidung von Gefahrendimensionen / Sicherheitspolitischen Herausforderungen

	Akteur	Intention	Kapazität	Beeinflussbarkeit
<b>Bedrohung</b>	Einheitlich	aggressiv	groß	Ja
<b>Gefahr</b>	Ereignis	unklar	groß	Ja
<b>Risiko</b>	Unklar	Unentscheidbar	groß	Ja

# Typologisierung von sicherheitspolitischen Maßnahmen (Frei 1977: 24)



# Definition: Sicherheitspolitische Krise

---

- Eine **sicherheitspolitische Krise** eines Staates ist eine kritische Situation in der drei Bedingungen gegeben sind, die das interne und/oder externe Umfeld des States grundlegend verändern:
  1. Eine (direkte) **Bedrohung eines oder mehrerer Werte**
  2. Bewußtheit über den begrenzten Reaktionszeitraum ggü. der Wertbedrohung
  3. Eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von militärischen/gewalttätigen Auseinandersetzungen  
(Wilkenfeld 2005: 3)

# IB-Theorien und Krisen

---

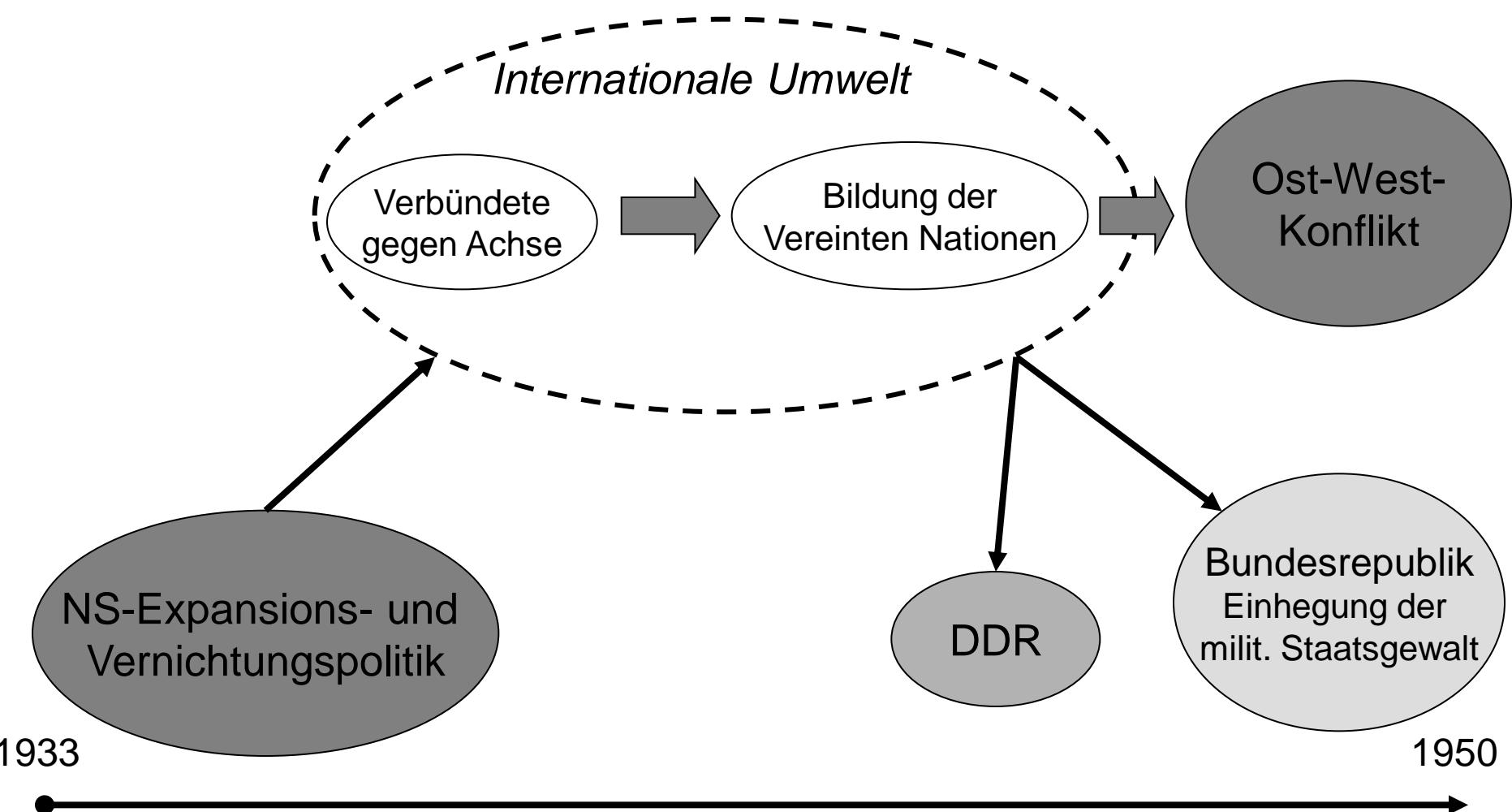
- Realismus: SP-Krisen sind kurzfristige, großskalige Veränderungen der materiellen Machtverteilung mit substantiellen negativen Auswirkungen auf zentrale Werte von Gesellschaften.
- Liberalismus: SP-Krisen sind kurzfristige, großskalige Veränderungen der materiellen Wohlstandsverteilung mit substantiellen negativen Auswirkungen auf zentrale Werte von Gesellschaften.
- Konstruktivismus: SP-Krisen sind kurzfristige, großskalige Veränderungen der immateriellen Wertverteilung mit substantiellen negativen Auswirkungen auf zentrale Werte von Gesellschaften.

---

# Dynamiken der sicherheitspolitischen Strategie der BR nach 1949

## Schritt 2

# Wechselwirkung zwischen NS-Gewaltpolitik, internationaler Umwelt und friedenspolitischer Ausrichtung des Grundgesetzes



# Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für deutsche Sicherheitspolitik nach 1949

---

- 1. Eingeschränkte Souveränität/Teilung:** bis 1990 hielten die ehemaligen Besatzungsmächte erhebliche Souveränitätsrechte (für Deutschland als Ganzes und Berlin).

---

- 2. Normative Bindung des Grundgesetzes:** das GG verpflichtet die Bundesrepublik auf die Friedenswahrung, Menschenrechte, Völkerrechtsfreundlichkeit, Europäische Integration sowie die Vereinigung und Wiedererlangung der Souveränität.

---

- 3. Prozedurale Bindung des Grundgesetzes:** das GG sieht eine kombinierte Gewalt zwischen Exekutive und Legislative vor, in der die Gewaltenteilung zwischen und innerhalb der Gewalten von einem starken Bundesverfassungsgericht überwacht wird..

# Herrenchiemseer Grundgesetzentwurf, Art. 24, Ab. 2

---

„Das Deutsche Volk ist gewillt, künftighin auf den Krieg als Mittel der Politik zu verzichten und hieraus Folgerungen zu ziehen. Um aber nicht wehrlos fremder Gewalt preisgegeben zu sein, bedarf es der Aufnahme der Bundesrepublik in ein System kollektiver Sicherheit, das ihm den Friedens gewährleistet.“

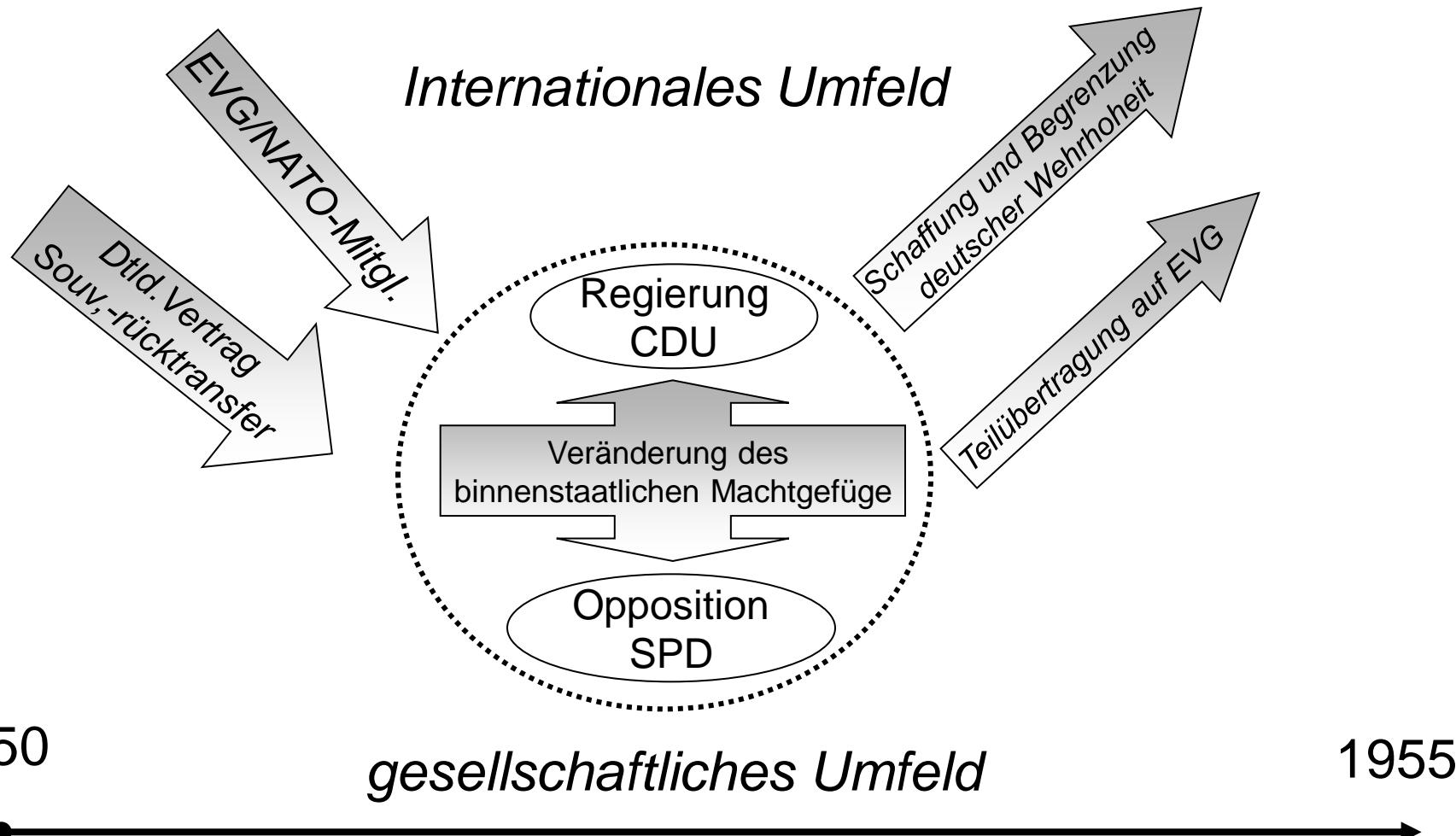
(zitiert nach Martens 1961: 73, Fn 22)

# Sicherheitspolitische Normen im ursprünglichen Grundgesetz von 1949

---

- 1. Krieg und Gewalt als Mittel der deutschen Außenpolitik sollten verboten bzw. verhindert**, indem Deutschland auf ein Militär verzichtete und sich in System kollektiver Sicherheit einband, das es schützen sollte (**Nie wieder Krieg!** Art. 4 Abs. 3; 9, 26).
- 2. die Bundesrepublik sollte sich nie wieder von den grundlegenden Werten der zivilisierten Staatengemeinschaft entfernen**, so dass grundlegende Normen als Zielbestimmungen direkt in das GG aufgenommen wurden und eine starke Öffnung des Grundgesetzes gegenüber der Einbindung in internationale Organisationen, insbesondere auch in Europa, eingefügt wurde (**Nie wieder allein!** Art. 1, 24, 25).
- 3. Ursprünglich hatte das GG eine „negative Einstellung zu deutschen Streitkräften“** (Heydte 1974: 55).

# Austausch von Souveränitätsrechten im Zuge der Wiederbewaffnung Deutschlands (1949-1956)

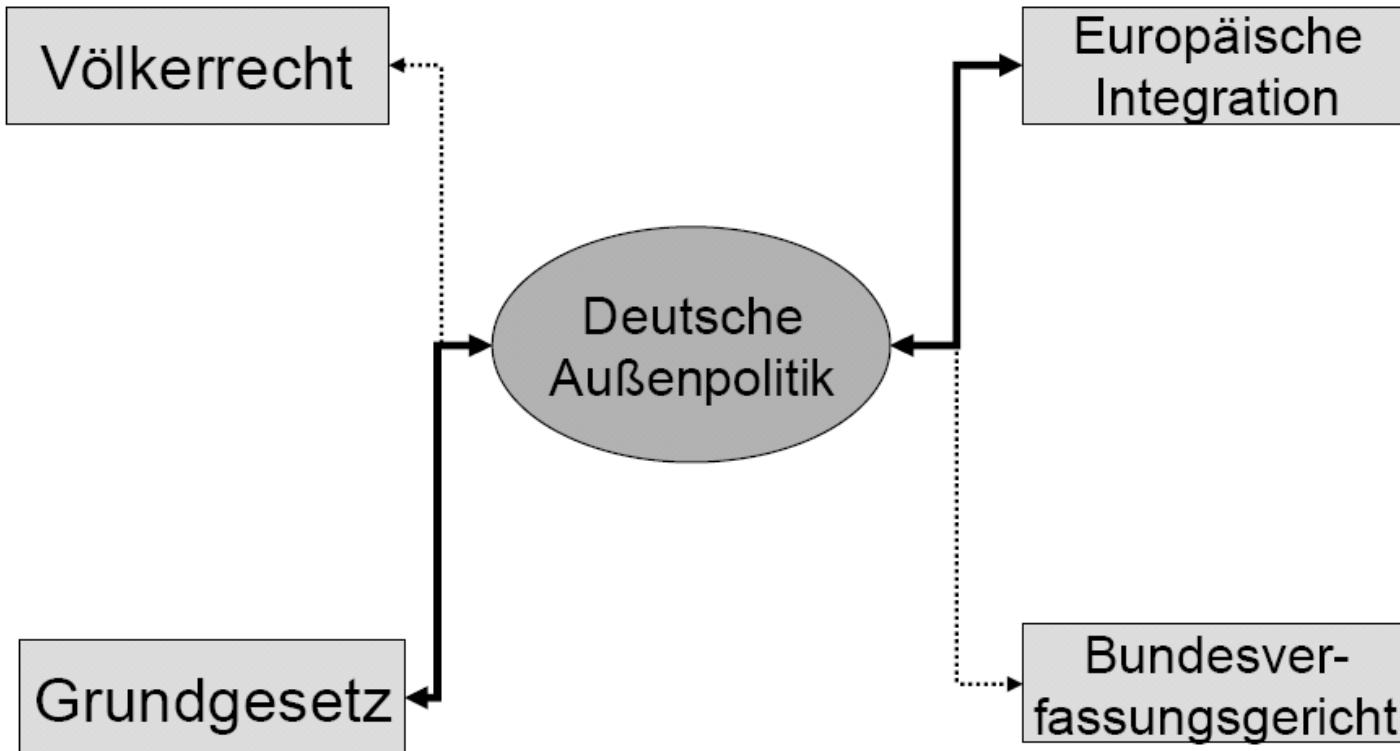


# Beschränkungen der Wehrhoheit: GG-Novellen 1954/1956

---

1. Kein besonderes „Gewaltverhältnis zwischen Staat und Soldat“: Erhalt des starken Grundrechtsschutzes (vgl. GG Art. 1, III).
2. Wahrung von Länderkompetenzen: Friedensschluss, Wehrverwaltung, innerer Notstand (vgl. GG Art. 143).
3. Einhegung einer starken zentralisierten Exekutive
  1. Abschaffung Oberbefehl: geteilte Befehls- und Kommandogewalt Frieden: Verteidigungsminister; Verteidigungsfall: Kanzler.
  2. Verteidigungsminister einziger Minister in Verf. verankert/geschützt gegen Usurpation durch Kanzler.
  3. Parlament entscheidet über Verteidigungsfall und Frieden (GG Art. 59a).
4. Stärkung des Parlaments
  - Herr des Einsatz der Bundeswehr nach Innen und Außen (GG Art. 143).
  - Gestärktes Budgetrecht (GG Art. 87a).
  - Starke Kontrollinstrumente: Verteidigungsausschuss (tagt permanent, hat Untersuchungsmandat); Wehrbeauftragter; Personalgutachterausschuss.

# Verankerung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik durch das GG



# Historische Entwicklung deutscher Sicherheitspolitik (1949-1990)

Zeit	Strategie	Instrumente
1949-	Vertrauen	Bundesrepublik wird von Besatzungsmächten geschützt.
1955	SKS	GG sieht Eingliederung in ein SKS vor.
1955- 1967	Zwang	Aufbau eigener Streitkräfte zur Territorial- und Bündnisverteidigung 1. Integration in das nordatlantische Bündnis und Übernahme der NATO-Verteidigungsstrategien. 2. Stationierung befreundeten Streitkräfte mit Nuklearwaffenkapazitäten auf deutschem Boden. 3. Verzicht auf ABC-Waffen sowie Einschränkung konventioneller Bewaffnung im Rahmen der WEU.
1968- 1990	Zwang und Vertrauen	Erweiterung des BW-Einsatzspektrums auf den inneren Notstand 1. Ergänzung der NATO-Strategie durch Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen 2. Ostverträge 3. Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge 4. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

# Fünf Phasen der Ausweitung der BW-Einsatzziele (1955-2020)

Territorialverteidigung + Entsendung	+ Friedens- erhaltende Einsätze	+ Friedens- erzwingende Einsätze	+ ext. Anti- Terror- Einsätze	+ interne Anti-Terror- Einsätze?
1955	1989	1994	2001	2016
<ul style="list-style-type: none"><li>1. Territorialverteidigung</li><li>2. Bündnisverteidigung</li><li>3. Entsendung von</li><li>4. Militärberatern</li><li>5. Entsendung von</li><li>Katastrophenhilfe</li><li>6. Entsendung von</li><li>logistischer</li><li>Unterstützung für</li><li>VN-PKO</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>1. Humanitäre Einsätze</li><li>2. Robustes Peace- keeping</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>1. Friedens- erzwingend e Einsätze</li><li>2. Führungs- aufgaben</li><li>3. Evakuierung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>1. Intervention</li><li>2. Anti-Terror- Einsätze</li></ul>	

# Die Verteidigungspolitischen Richtlinien

## 1992 2003

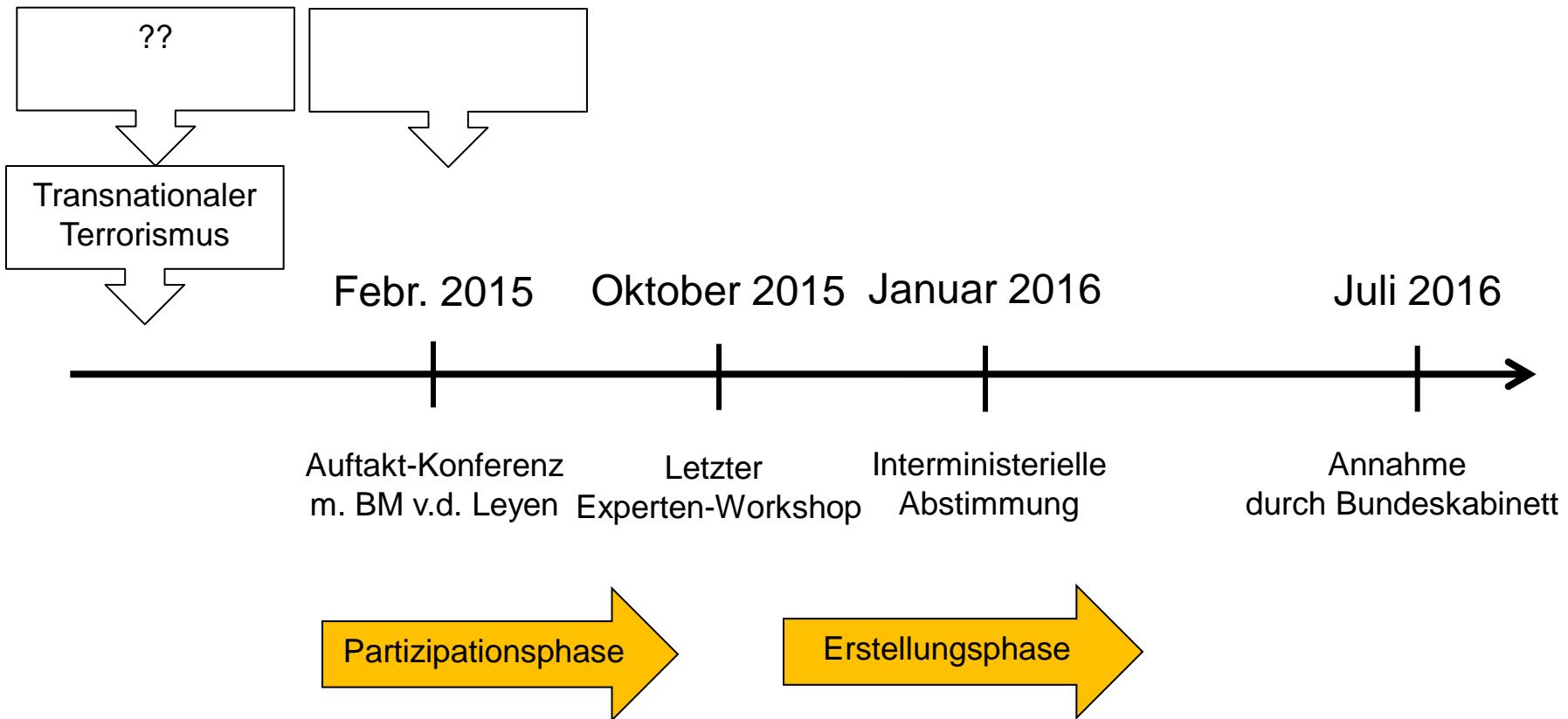
---

- **Bedrohung**
  - Von Verbündeten umgeben.
  - Unsicherheiten des Übergangs; Aufwuchsfähigkeit in Russland (1 Jahr Vorwarnzeit)
  - MVW wachsende Bedrohung.
- **Sicherheitsbegriff**
  - Risiken sind nicht militärisch auflösbar.
- **Geographischer Perimeter**
  - Perspektive des geeinten u. freien Europa
  - Konflikte im erweiterten Umfeld
- **Bedrohung**
  - Keine unmittelbare Gefährdung des dt. Territoriums.
  - Terrorismus und die Verbreitung von MVW Bedrohung.
  - Regionale Konflikte und Krisen
- **Sicherheitsbegriff**
  - Risiken sind nicht militärisch auflösbar.
- **Geographischer Perimeter**
  - Verteidigung nicht mehr eingrenzbar, „sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist“.

# Vergleich der Verteidigungspolitischen Richtlinien 1992 2003

- **SP-Ziele:**
    - Trotz Übereinstimmung werden sich deutsche Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten decken.
    - Fähigkeit zur Verteidigung Deutschlands bleibt fundamentale Funktion. Zukünftig muß aber politisches und militärisches Krisen- und Konfliktmanagement im erweiterten geographischen Umfeld eindeutig im Vordergrund stehen.
  - **SP-Ziele:**
    - Nach Art. 87a GG stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings weit mehr als die herkömmliche Verteidigung an der Landesgrenze.
    - Internationale Konfliktverhütung u. Krisenbewältigung einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus sind auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben.
  - **Forderungen an Streitkräftestruktur**
    - Schwerpunkt auf Krisenreaktion durch Spielraum bei Hauptverteidigungskr.
  - **Forderungen an Streitkräftestruktur**
    - Starke Aufwertung von Multinationalität
    - Ausrichtung auf Mobilität, Aufklärung, Durchhaltefähigkeit und multinat. Führungsaufgaben

# Strategiefindung in der Bundesrepublik 2016



---

# Die NATO und transatlantische Strategiebildung

## Schritt 3

# Gründe für Militärbündnisse – Genese der NATO

---

- Militärbündnisse (Allianzen) überwinden nicht das Sicherheitsdilemma (SKS) oder lindern es durch verstärkte Regelsetzung nach innen (Sicherheitsgemeinschaft). Sie zielen auf die Erhöhung der „Selbsthilfefähigkeit“ der Mitglieder:
  - Durch die Zusammenlegung mit anderen Militärpotenzialen.
  - Durch die effizientere Nutzung der eigenen Potenziale.
- Die Nato wurde auf der Basis des Dünkirchner Vertrag (europ. Militärbündnis gegen D. 1947) und dem Marshallplan zunächst als sicherheitspolitisches Bündnis vor dem Hintergrund des kommunist. Staatsstreichs in der CSSR (Febr. 1948) konzipiert.
  - Mit der Vandenberg-Resolution (11.06. 1948) erklärte US-Kongress Beitrittsbereitschaft zu regionalen Militärbündnissen.
  - Durch den Ausbruch des Koreakrieges (25.06. 1950) wurde der Aufbau der militärischen Strukturen (i.e. SACEUR, integrierte Stäbe etc.) forciert.

# Charakteristika der NATO als Militärallianz

- Zwischenstaatliches Militärbündnis, das auf Gleichberechtigung (Art. 1 NV; Austrittsrecht Art. 13 und Vertragsänderung nach Art. 12 NATO-V.) und Vereinbarkeit mit VN-Charta beruht.
- Ziel der Organisation ist es, die freiheitlichen Institutionen der Mitglieder auch durch wirtschaftliche und politische Koordination zu festigen (Art. 2).
- Zur militärischen Verteidigung sieht der NATO-V. gegenseitige präventive Verteidigungsplanung (Art. 3), Konsultationen (Art. 4) und kollektive Verteidigungsmaßnahmen (Art. 5).

SKS

Sicherheits-  
gemeinschaft

SKV

# Casus foederis - Bündnisfall der NATO

---

- Art. 5: Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass **im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede** von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, **Beistand leistet**, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien **die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet**, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.
- Art. 11: Der Vertrag ist von den Parteien **in Übereinstimmung mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren** zu ratifizieren und **in seinen Bestimmungen durchzuführen**.

# NATO-Strategie der konventionellen Vorneverteidigung

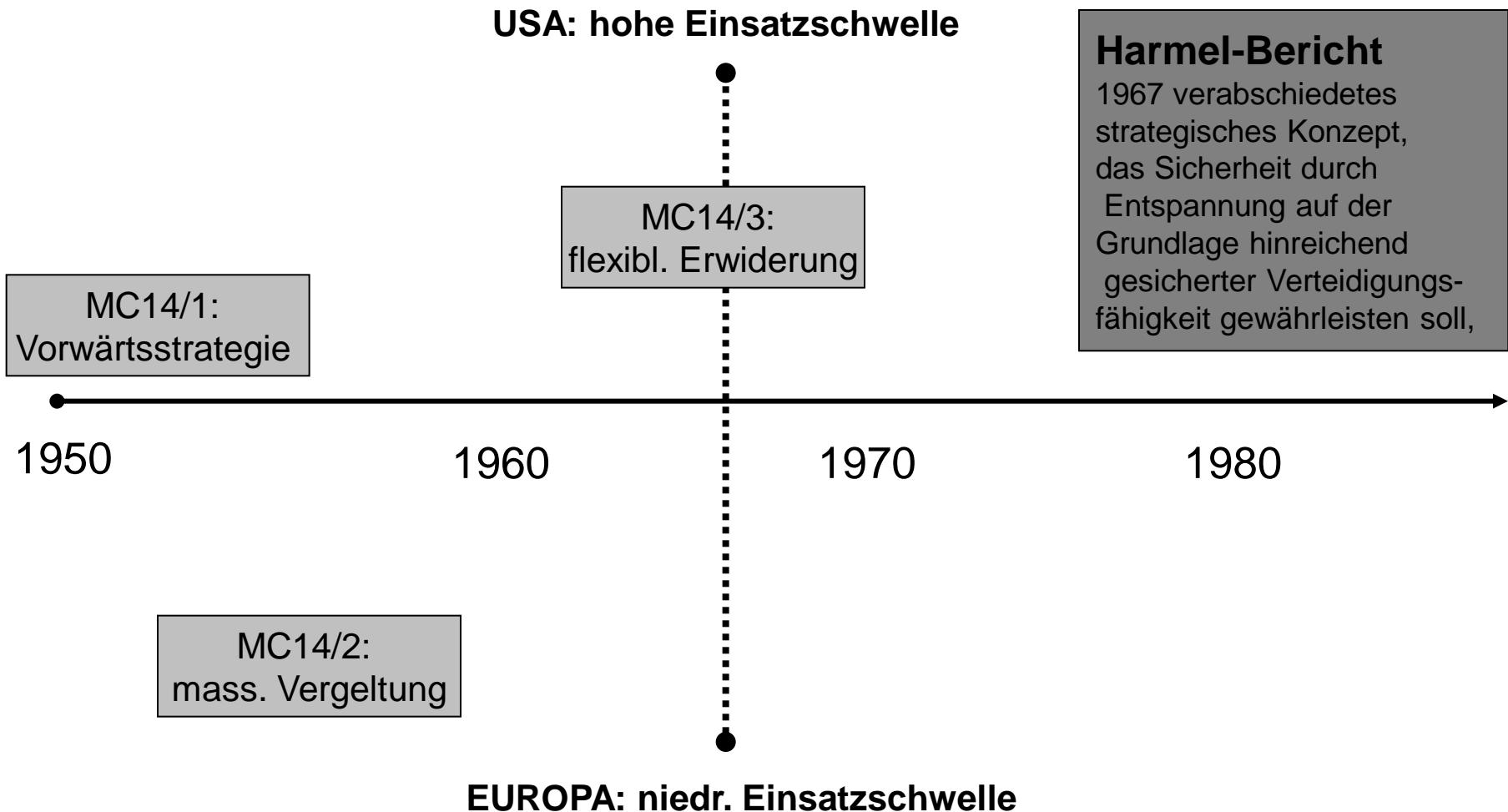


Abb. 55:

Vorneverteidigung nur möglich mit amerikanischer Präsenz

Quelle: Buchbender et al. 1985: 144.

# NATO-Nuklearstrategie u. transatlantische Interessengegensätze 1950 - 1990



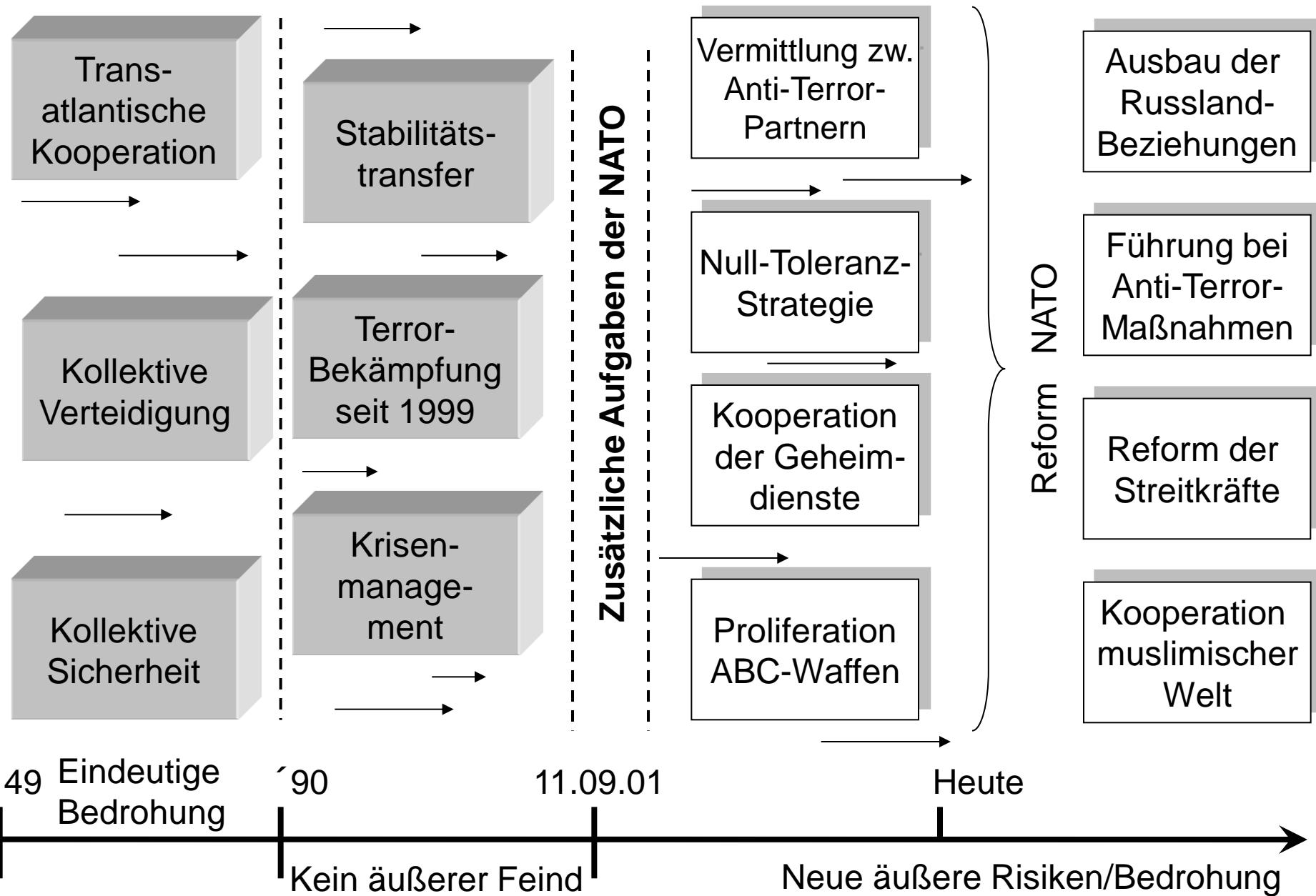
# Funktionswandel der NATO

vor 1989

nach 1989

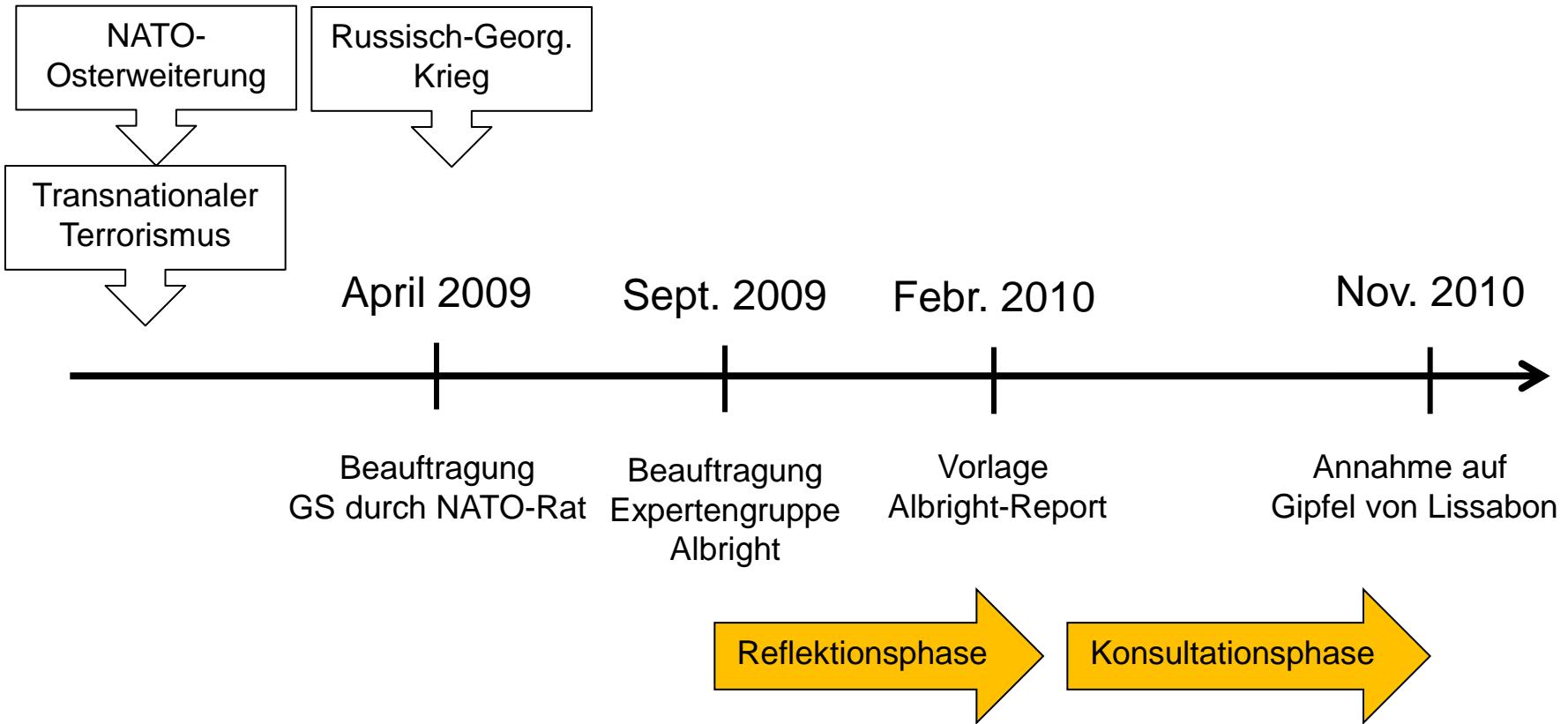
1. Kollektive Verteidigung  
(Russians out)
  2. Transatlantische Kooperation  
(US in)
  3. Gewährleistung kollektiver Sicherheit (Germans down)
    - a) **BRD-Einbindung**
    - b) Griechenland-Türkei
  1. SKV: Rückversicherung
    - a) Russ. Expansionismus
    - b) Regionale Bedrohung
    - c) Massenvernichtungswaffen
  2. Transatlantische Kooperation/Konsultation
  3. SKS: Gewährleistung kollektiver Sicherheit
    - a) Dt. Vereinigung und Nuklearoption
    - b) Griechenland-Türkei
    - c) Transnat. Terrorismus
  4. **Stabilitätstransfer**
  5. **Krisenmanagement**

# Funktionswandel nach dem 11.09.2001



- Truppenassignierung
    - Gesamt-BW im Konfliktfall NATO unterstellt
    - Luftwaffe in Friedenszeiten NATO-assigniert
  - Multinationale Verbände
    - Teilnahme an drei NATO-Interventionskräften: AMF; STANAVFORANT; STANAVCH.
    - AWACS; GER-DAN binationales Korps (LANDJUT)
  - Nationale Führungskapazität
    - Keine: Generalinspekteur ist milit. Berater des MinBMVG und BK.
  - Truppenassignierung
    - Gesamt-BW im Konfliktfall NATO unterstellt
    - Luftwaffe + Marine in Friedenszeiten NATO-Ass.
    - NATO-Ass. von BW-Truppen in FNL.
  - Multinationale Verbände
    - Fortführung: AMF; AWACS, LANDJUT, STANAV-Forces
    - Teilnahme: Allied Command Europa. Rapid Reaction Corps; 2 GER-US, 1 GER-DUTCH; EUROTOKORPS; multinat. Northeast Corps (GER, DAN, PL)
  - Nationale Führungskapazität
    - Aufbau von Führungskommandos der Streitkräfte (1994ff) und Einsatzführungskommando (2001).
    - Aufwertung der Stellung des Generalinspekteurs und Schaffung eines Einsatzrates (2001-2005)

# Strategiefindung in der NATO 2010



# NATO Strategisches Konzept von 2010: Kernaufgaben

---

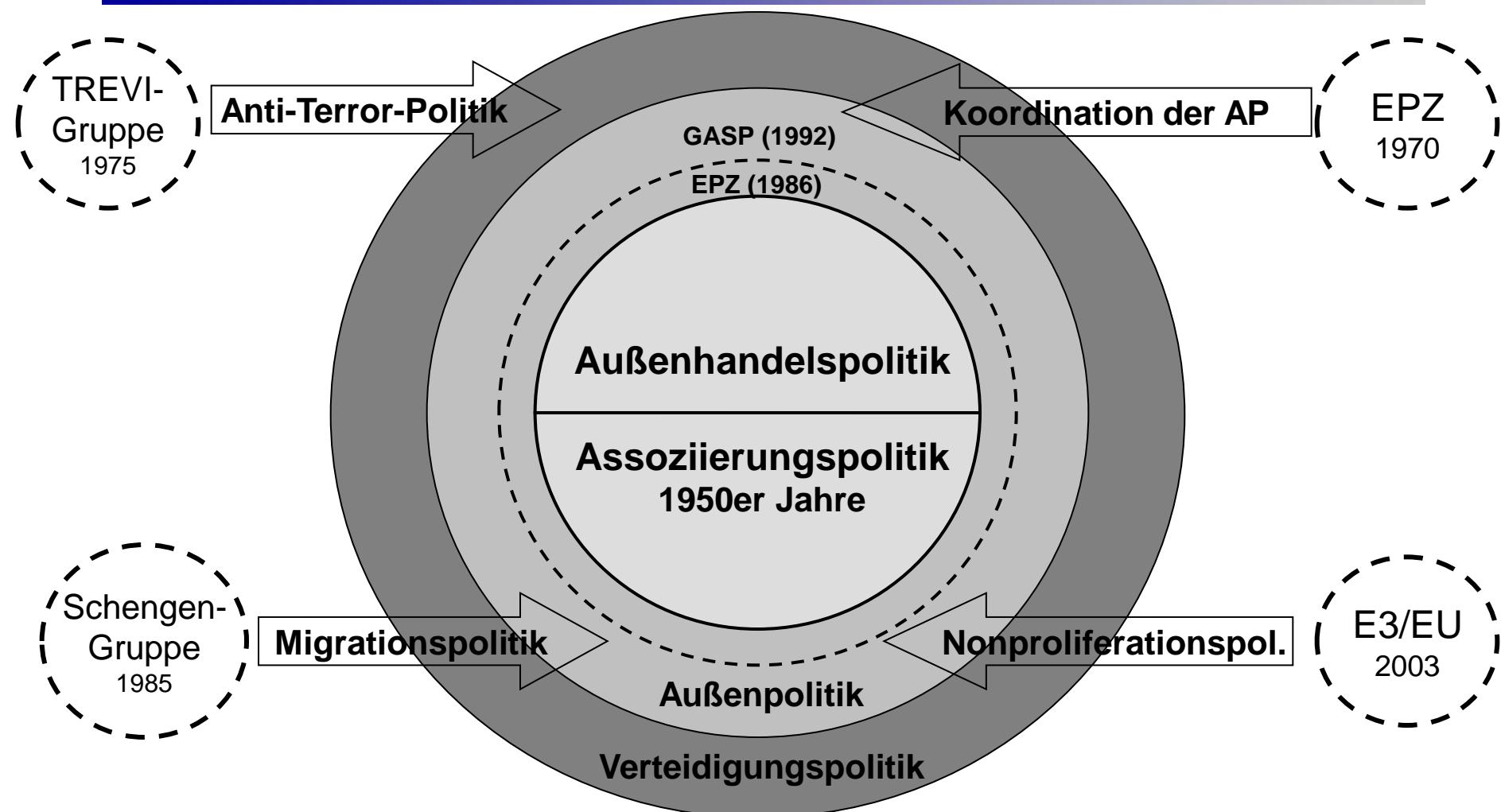
1. kollektive Verteidigung nach Art. 5
  - Verteidigung gegen Bedrohungen, welche "die fundamentale Sicherheit einzelner Alliierter oder der Allianz als Ganze bedrohen" (MVW, Terrorismus, Cyberangriffe)
2. Politische u. Militärisches Konfliktmanagement im globalen Maßstab
  - Aufbau einer eigenen zivilen Konfliktmanagementkapazität
3. Kooperative Sicherheit im Verbund mit Partnern und International Organisationen
  - Beziehungen zur RF: "Die NATO stellt keine Bedrohung für Russland dar. Im Gegenteil: wir wollen eine echte strategische Partnerschaft zwischen der NATO und Russland sehen und werden uns entsprechend verhalten"

---

# Die ESS/EUGS und europäische Strategiebildung

## Schritt 4

# Die funktionale Entwicklung der EG/EU-Außenkompetenzen (1950-2014)



# Der Vertrag von Lissabon: ESVP

## Institutionen

1. Einrichtung eines permanenten Präsidentenamtes des Europäischen Rates  
(gewählt mit qualifizierter Mehrheit auf 2 ½ Jahre)
  - kontinuierliche und klarere externe Repräsentation
2. Einrichtung des Amtes „Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ als kombinierte Repräsentation des Rates und der Kommission (vom Rat mit Zustimmung des Kommissionspräsidenten und des Parlaments ernannt)
  - Koordination der externen Handlungen des Rates und der Kommission
3. Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Diensts als dem Hohen Vertreter unterstehendes Organ
4. EU als juristische Person (**Art. 47**) → Befähigung zum Abschließen von Verträgen und internationalen Abkommen
5. Mitgliedstaaten stimmen über Vorschläge des Hohen Vertreters mit *qualifizierter Mehrheit* ab.
6. European Defense Agency (EDA) soll Entwicklung der EU zu einem Akteur mit militärischen Kapazitäten vorantreiben

Quelle: Dagand, Sophie (2008): The impact of the Lisbon Treaty on CFSP and ESDP, in: ISIS Europe – European Security Review (37).

# Der Vertrag von Lissabon II

---

## Kollektives Handeln

1. Kollektive Verteidigung: im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen MS sind die anderen Mitglieder der Union zur Hilfeleistung „*mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln*“ verpflichtet –  
Neutralität bzw. Beziehungen zur NATO werden nicht beeinträchtigt
2. Solidarklausel: Kooperation/Hilfe auch bei Terrorattacken, Naturkatastrophen oder sonstigen zivilen Notständen
3. Erweitertes Einsatzspektrum: *Entwaffnung, milit. Beratung, peace-making, Stabilisierung, Konfliktprävention und Terrorismusbekämpfung* (**Art. 28**)

## Weitere Maßnahmen

1. Ein Drittel der Mitgliedstaaten kann auf Basis der „*enhanced cooperation*“ mit Zustimmung des Rates im Verteidigungsfall zusammenarbeiten
2. Die „*permanent structured cooperation*“ erlaubt es Mitgliedstaaten mit höher entwickelten militärischen Kapazitäten dauerhaft enger zusammenzuarbeiten

# Europäische Sicherheitsstrategie 2003

## Bedrohungen Maßnahmen

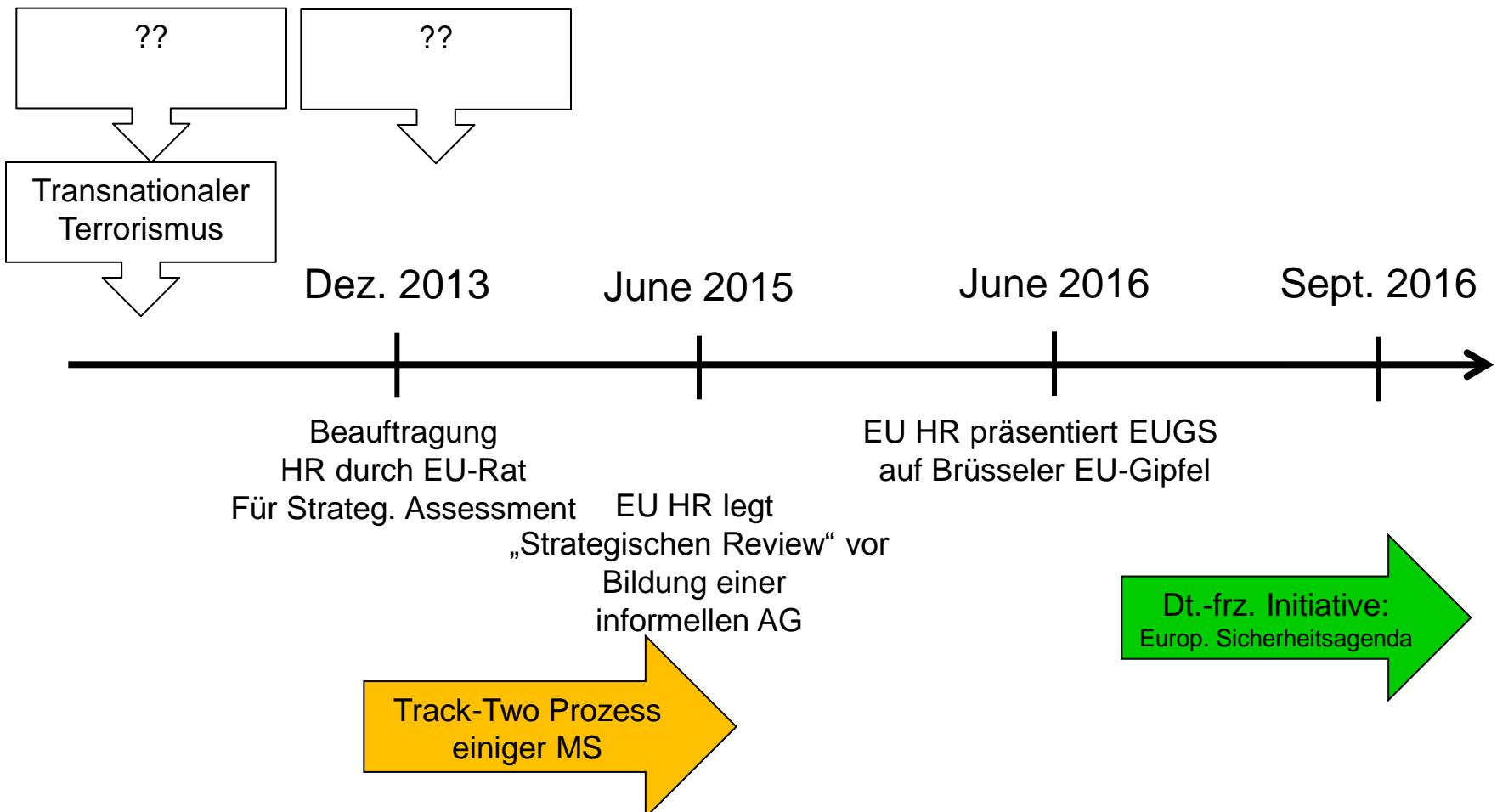
1. Terrorismus, verbunden gewalttätigem religiösen Fanatismus
  2. Verbreitung von MVW, Gefahr einer Rüstungsspirale im NMO
  3. Regionale Konflikte
  4. Scheitern und Zerfall von Staaten
  5. Organisierte Kriminalität (Drogen, Frauenhandel, Waffen, illegale Einwanderung)

1. Notwendigkeit frühzeitiger Prävention: erste „Verteidigungsline im Ausland“
  2. Aktive Nichtverbreitungspolitik durch int. Verträge
  3. Aufbau eines Rings verantwortungsvoll regierter Staaten um EU
  4. Aufbau von effektiven Multilateralismen:
    1. Stärkung VN/SR
    2. TRABI tragende Säule
    3. Stärkung reg. Kooperation

- **Sicherheitsbegriff**
    - eng
    - Primär militärisch
  - **Sicherheitsbegriff**
    - breit
    - Politisch, wirtschaftlich, militärisch
  - **Bedrohung**
    - Neue Bedrohung durch Terrornetzwerke (+ MVW-Technologie) ist wachsend und diffus.
    - Schurkenstaaten könnten diese unterstützen.
  - **Bedrohung**
    - Wachsende Abhängigkeit Europas (Verkehr, Energie, Information).
    - Primärbedrohungen: Terrorismus, MVW, regionale Konflikte, Staatszerfall, org. Kriminalität.

- **Strategien/Instrumente**
    - Militärische Vorherrschaft.
    - Großmächte-Kooperation.
    - Antizipatorische Selbstverteidigung (Prävention und Präemption)
  - **Strategien/Instrumente**
    - Effektiver Multilateralismus: Stärkung int. Inst.: Verifikation und Durchsetzung.
    - Demokratisierung bester Schutz.
    - Untergeordnete Rolle militärischer Instrumente bei präventivem Engagement
  - **Geograph. Perimeter**
    - Global mit Fokus auf „peer competitors“ (China/Asien) und Schurkenstaaten (Nordkorea, Iran, Syrien/Naher Mittler Osten)
  - **Geograph. Perimeter**
    - Globaler Anspruch aber Fokus auf Nachbarschaft (Balkan, Kaukasus, Afrika)
    - Israelisch-arabischer Konflikt eine strategische Priorität.

# Strategiefindung in der EU 2016



# Vergleich: Sicherheitsstrategien der EU

---

## ESS 2003

- SP-Umfeld: „Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen.“
- Russland als Partner: „Wir müssen uns weiter um engere Beziehungen zu Russland bemühen, das einen wichtigen Faktor für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand bildet. Die Verfolgung gemeinsamer Werte wird die Fortschritte auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft bestärken.“
- EU-Nachbarschaftspolitik: „ein ‚Ring von Freunden‘ entlang der Grenzen der erweiterten EU“, eine „Zone der Stabilität und des Wohlstandes“ [die], „von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum [reicht].“

## EU GS 2016

- SP-Umfeld: „Wir erleben gegenwärtig eine existenzielle Krise, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohl-stand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt.“
- Russland als Rivale: „Wesentliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland hängen ab von der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Grundsätze, auf denen die europäische Sicherheitsordnung aufgebaut ist, einschließlich der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris. Wir werden weder die illegale Annexion der Krim durch Russland anerkennen noch die Destabilisierung der östlichen Ukraine hinnehmen. Wir werden die EU stärken, die Widerstandsfähigkeit unserer östlichen Nachbarn erhöhen und ihr Recht, frei über ihre Haltung gegenüber der EU zu bestimmen, verteidigen.“
- EU-Nachbarschaftspolitik: „Seit der Sicherheitsstrategie 2003 hat sich das strategische Umfeld der EU radikal verändert. [...] Heute umgibt die EU ein Krisenbogen der Instabilität.“

# EU GS 2016: Handlungsaufforderung

---

- Vertiefte sicherheitspolitische Integration: „Wir brauchen ein stärkeres Europa. [...] In einer komplexeren Welt der globalen Machtverschiebungen und breiteren Machtverteilung muss die EU zusammenhalten. Dass wir als Europäer – über Institutionen, Staaten und Völker hinweg – vereint zusammenstehen, ist jetzt wichtiger und dringender denn je. Noch nie wurde unsere Einheit dermaßen auf die Probe gestellt. Gemeinsam können wir mehr erreichen, als wenn jeder Mitgliedstaat allein und ohne Abstimmung mit den anderen handelt.“
- Entwicklung autonomer Handlungsfähigkeit: „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln und gleichzeitig zu Maßnahmen der NATO beizutragen und gemeinsam mit ihr Maßnahmen durchzuführen. Eine glaubwürdigere europäische Verteidigung ist auch für eine gesunde transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung.“

# Dt.-frz. Initiative Juni 2016: Europäische Sicherheitsagenda

---

1. Deutschland und Frankreich schlagen vor, dass die EU regel-mäßig Überprüfungen ihres strategischen Umfelds durchführt ... Diese Überprüfungen sollten von einer unabhängigen Fachstelle zur Lageanalyse maßgeblich vorbereitet werden, in enger Abstimmung mit dem *Situation Center* der EU und unter Einbeziehung von Institutionen außerhalb der EU.
2. Die EU sollte in der Lage sein, zivile und militärische Operationen wirksamer zu planen und durchzuführen, auch mit Hilfe einer ständigen zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit.
3. Mittelfristig sollten wir unter vollständiger Achtung nationaler Vorrechte eine europäische Plattform für die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste einrichten.
4. Auch die Einrichtung eines Europäischen Zivilschutzkorps für den Katastrophenfall sollte angegangen werden.
5. Langfristig wäre es sinnvoll, den Handlungsrahmen der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft (der derzeit auf die Verfolgung von Straftaten gegen die finanziellen Interessen der EU beschränkt ist) auf die Bekämpfung von Terrorismus und organisierte Kriminalität auszudehnen.
6. Die EU sollte sich auf einsatzfähige Streitkräfte mit hohem Bereitschaftsgrad verlassen können und gemeinsame Finanzierungen ihrer Operationen erleichtern.
7. Gruppen von Mitgliedstaaten sollten so flexibel wie möglich eine dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich einrichten können oder mit einzelnen Operationen vorangehen.
8. Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Einrichtung ständiger maritimer Einsatzverbände in die Planungen aufnehmen sowie EU-eigene Fähigkeiten in anderen Schlüsselbereichen schaffen.“
9. Mittelfristig sollte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in eine Europäische Asylagentur umgewandelt werden.
10. Um diese Anstrengungen voranzutreiben, schlagen Deutschland und Frankreich vor, dass der Europäische Rat einmal jährlich als Europäischer Sicherheitsrat tagt, um über Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und Verteidigungsfragen der EU zu beraten

---

# Fazit

## Schritt 5

# Abschließende Thesen

---

- Der Strategieentwicklungsprozess in der Bundesrepublik und europäischen Union ist durch mehrere, miteinander verbundene Trends charakterisiert:
  1. Starker Einfluss formativer Ereignisse im internen und externen Umfeld: Ukrainekrise, Aufkommen des „Islamischen Staates“; €-Krise und BREXIT.
  2. Entwicklung partizipativer Verfahren ohne grundlegende Infragestellung der bürokratie-basierten Steuerung und Implementierung des Prozesses.
  3. Keine grundlegende Veränderungen der Ziele, Strategien und Instrumente, aber substantieller Wandel der Prioritäten.
  4. Zunehmende Verschränkung von internen und externen Bedrohungslagen und damit einhergehende Entgrenzung der Aufgabenbereiche der Sicherheitsorgane (Bsp.: Bundeswehrinneneinsatz, Europäische Staatsanwaltschaft)
  5. Keine klar erkennbare Verschränkung der nationalen und institutionellen Strategieentwicklung.

# Literatur

---

- Biehl, Heiko et al. (2011): Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr; Berlin: SOWI der Bundeswehr.
- Wagener, Martin (2009): Hegemonialer Wandel in Südostasien? Der machtpolitische Aufstieg Chinas als sicherheitsstrategische Herausforderung der USA, unveröff. Dissertation, Trier: Universität Trier.

# Verwendete Literatur

---

- Baumann, Rainer (2001): German security policy within NATO, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester, S. 141-184.
- Berger, Thomas (1998): Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan, Baltimore u. London.
- Bluth, Christoph (2000): Germany and the Future of European Security, London.
- Dreist, Peter 2006: Bundeswehreinsatz für die Fußball-WM 2006 als Verfassungsfrage, in: Neue Zeitschrift für Wehrrecht (2006) 2, S. 45-70.
- Duffield, John (1998): World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions and German Security Policy after Unification, Stanford.
- Fleck, Dieter (Hg.) 2004: Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte, Baden-Baden: Nomos Verl.
- Glaessner, Gert-Joachim 2003: Internal Security and the New Anti-Terrorism Act, in: German Politics, Vol. 12, Nr. 1, S. 43-58.
- Goebel, Peter (Hg.) 2000: Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit Ende des Kalten Krieges, Bonn.
- Haftendorn, Helga 1986: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden: Nomos Verl.
- Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marco (Hg.) 2004: Deutsche Sicherheitspolitik, Baden-Baden: Nomos Verl.
- Limpert, Martin 2002: Auslandseinsatz der Bundeswehr, Berlin.
- Longhurst, Kerry A. 2004: Germany and the Use of Force. The evolution of German security policy 1990-2003, Manchester 2004
- Rühl, Lothar 2000: Die Bundeswehr-Reform aus bündnispolitischer Sicht. Die gewandelten politischen und strategischen Rahmenbedingungen, in: APuZ 43 (2000): 3-12.
- Sarotte, Mary Elise 2001: German Military Reform and European Security, London.
- Saurer, Johannes 2005: Die Ausweitung sicherheitsrechtlicher Regelungsansprüche im Kontext der Terrorbekämpfung, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 24(2005) 3, S. 275-282.

# Externe Erwartungen I: Remarks to the Citizens in Mainz, President George H.W. Bush, Mainz, May 31, 1989

---

- And the historic genius of the German people has flourished in this age of peace, and your nation has become a leader in technology and the fourth largest economy on Earth. But more important, you have inspired the world by forcefully promoting the principles of human rights, democracy, and freedom. The United States and the Federal Republic have always been firm friends and allies, but today we share an added role: partners in leadership.
- Of course, leadership has a constant companion: responsibility. And our responsibility is to look ahead and grasp the promise of the future. I said recently that we're at the end of one era and at the beginning of another. And I noted that in regard to the Soviet Union, our policy is to move beyond containment. For 40 years, the seeds of democracy in Eastern Europe lay dormant, buried under the frozen tundra of the Cold War. And for 40 years, the world has waited for the Cold War to end. And decade after decade, time after time, the flowering human spirit withered from the chill of conflict and oppression; and again, the world waited. But the passion for freedom cannot be denied forever. The world has waited long enough. The time is right. Let Europe be whole and free.
- To the founders of the alliance, this aspiration was a distant dream, and now it's the new mission of NATO. If ancient rivals like Britain and France, or France and Germany, can reconcile, then why not the nations of the East and West? In the East, brave men and women are showing us the way. Look at Poland, where Solidarity, Solidarnosc, and the Catholic Church have won legal status. The forces of freedom are putting the Soviet status quo on the defensive. And in the West, we have succeeded because we've been faithful to our values and our vision. And on the other side of the rusting Iron Curtain, their vision failed.

Quelle: <http://usa.usembassy.de/etexts/ga6-890531.htm>

# Die Normalisierungsdebatte: Konzepte

- **Realismus:** Normalität ist der Einklang zwischen relativer Machtkapazität und AP-Verhalten.
- **Liberalismus:** Normalität ist die Durchsetzung dominanter binnenstaatlicher Interessen in asymmetrischen Interdependenzbeziehungen.
- **Rollentheorie:** Normalität resultiert aus widerspruchsfreien internen und externen Erwartungen an die Funktionsübernahme eines Akteurs in einer Gruppe.



Philip Gordon, "The Normalization of German Foreign Policy," Orbis 38, no. 2 (1994)

# Externe Erwartungen II: Mr Radek Sikorski, Foreign Minister of Poland, Berlin, 28 November 2011

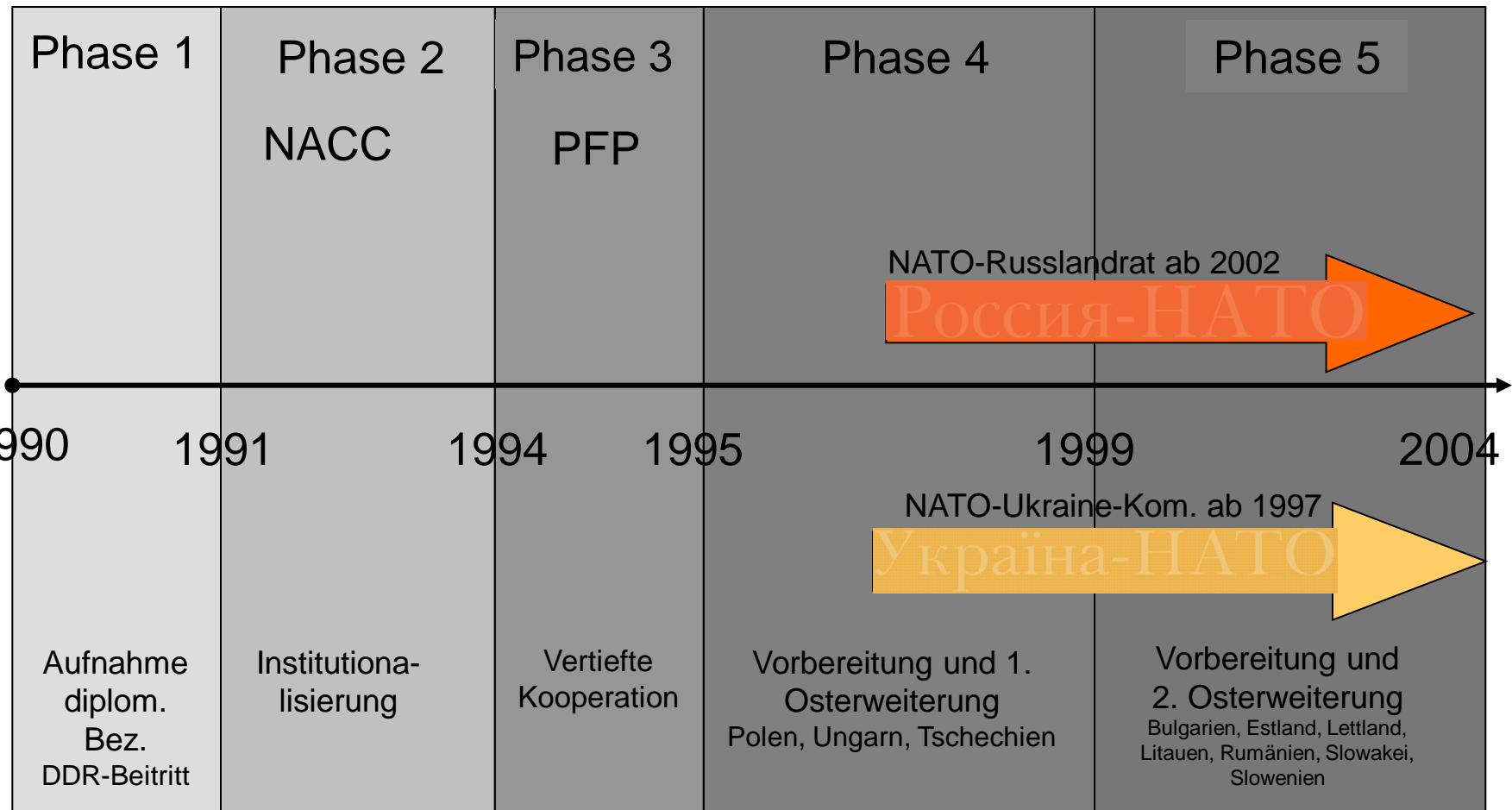
---

- Sixth, that because of your size and your history you have a special responsibility to preserve peace and democracy on the continent. Jurgen Habermas has wisely said that "If the European project fails, then there is the question of how long it will take to reach the status quo again. Remember the German Revolution of 1848: When it failed, it took us 100 years to regain the same level of democracy as before."
- What, as Poland's foreign minister, do I regard as the biggest threat to the security and prosperity of Poland today, on 28th November 2011? It's not terrorism, it's not the Taliban, and it's certainly not German tanks. It's not even Russian missiles which President Medvedev has just threatened to deploy on the EU's border. The biggest threat to the security and prosperity of Poland would be the collapse of the Euro zone.
- **And I demand of Germany that, for your own sake and for ours, you help it survive and prosper. You know full well that nobody else can do it. I will probably be first Polish foreign minister in history to say so, but here it is: *I fear German power less than I am beginning to fear German inactivity.***
- **You have become Europe's indispensable nation. You may not fail to lead. Not dominate, but to lead in reform.**

---

Quelle: [https://dgap.org/sites/default/files/event\\_downloads/radoslaw\\_sikorski\\_poland\\_and\\_the\\_future\\_of\\_the\\_eu\\_0.pdf](https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf)

# Stabilitätstransfer: Erweiterung – Anbindung - Dialog



# Das Strategische Konzept 1999 und die Globalisierung der NATO

---

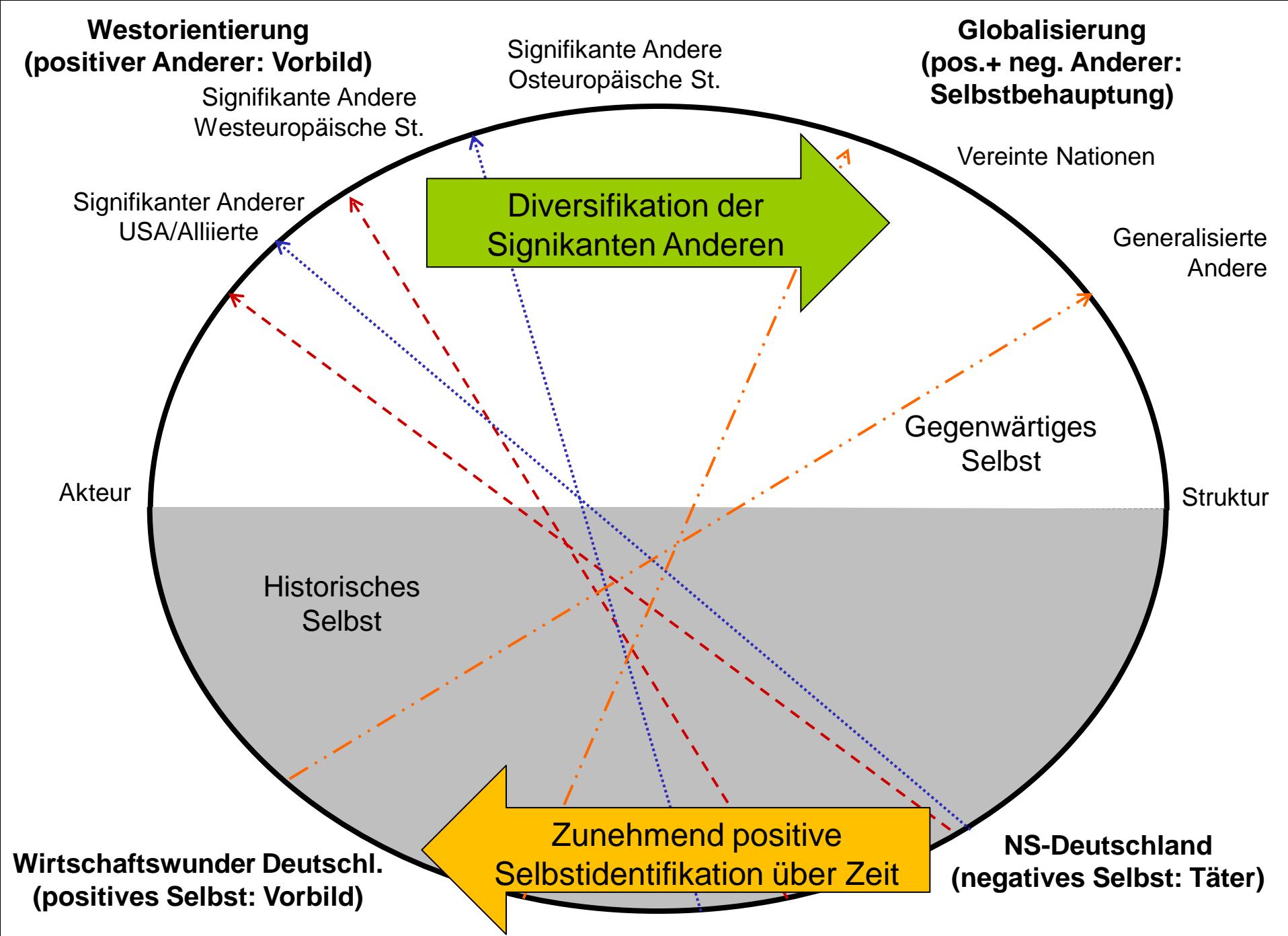
- Auf der Grundlage der gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit strebt das Bündnis seit seiner Gründung eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa an. Dies wird es auch weiterhin tun. Die Verwirklichung dieses Ziels kann durch Krisen und Konflikte, die die Sicherheit des euro-atlantischen Raums berühren, gefährdet werden. Das Bündnis gewährleistet daher nicht nur die Verteidigung seiner Mitglieder, sondern trägt auch **zu Frieden und Stabilität in dieser Region** bei.

**Washington 1999**

---

- In Übereinstimmung mit unseren Verpflichtungen aus dem Washingtoner Vertrag werden wir unsere nationalen und kollektiven Fähigkeiten/Potentiale weiter verstärken, um unsere Bevölkerung, unser Hoheitsgebiet und unsere Streitkräfte **vor allen bewaffneten Angriffen zu schützen, auch vor terroristischen Angriffen, die aus dem Ausland geführt werden**. Wir haben diese Herausforderung in unserem Strategischen Konzept aus dem Jahre 1999 anerkannt und unmissverständlich darauf hingewiesen, dass bei jedem bewaffneten Angriff auf das Gebiet der Bündnismitglieder, **aus welcher Richtung auch immer**, Artikel 5 des Washingtoner Vertrags Anwendung finden würde und wir haben in diesem Strategischen Konzept den Terrorismus als eine Gefährdung der Sicherheitsinteressen unserer Allianz herausgestellt.

**Reykjavík 2002**

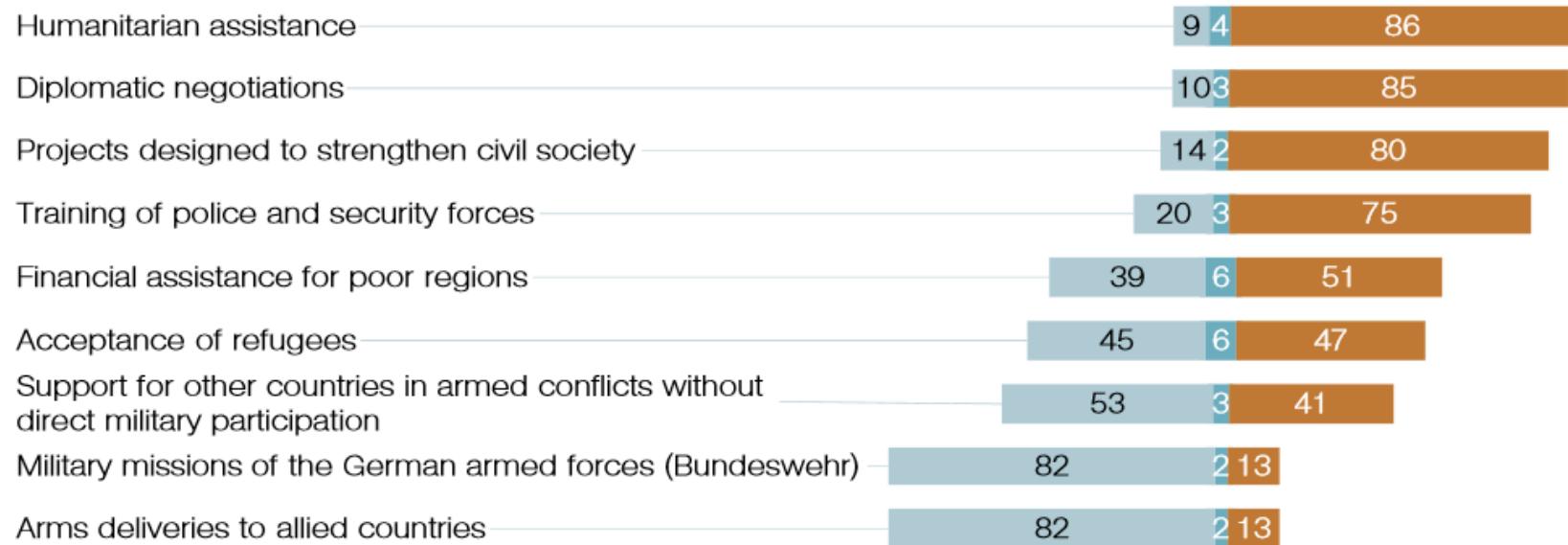


# Gesellschaftliche Einstellung: Internationales Engagement

## What Germans think: Where should Germany become more involved, where less (April/May 2014)?

Percent

Less involvement      Same level of involvement      More involvement



Source: Körber Foundation<sup>14</sup>

Quelle: <http://www.eventanizer.com/MSC2015/MunichSecurityReport2015.pdf>, p. 11

# National Security Strategy

2002

2006

---

- **Bedrohung**

- Neue Bedrohung durch Terrornetzwerke (+ MVW-Technologie) ist wachsend und diffus.
- Schurkenstaaten könnten diese unterstützen.

- **Bedrohung**

- Es hat Fortschritte gegeben, aber Terrornetzwerke sind weiter ausgebreitet und dezentralisiert.
- Kampf im Irak wird von Terroristen zur Rekrutierung genutzt.

---

- Rogue states:

1. Brutalize their people and squander ressources for personal gain of leaders
2. Violate international law and treatise
3. Determined to acquire WMD
4. Sponsor terrorism around the globe
5. Reject basic human values and hate the United States (NSS 2002: 14)

- „From the beginning, the War on Terror has been both a battle of arms and a battle of ideas [...] In the short run, the fight involves using military force and other instruments of national power to kill or capture the terrorists, deny them safe haven or control of any nation; prevent them from gaining access to WMD; In the long run, winning the war on terror means winning the battle of ideas.“ (NSS 2006: 3)

# National Security Strategy

2002

2006

---

- **Werte – Interessen - Ziele**
  - Beispiellose US-Machtposition verpflichtet zur Ausbreitung der Freiheit.
  - Großmächte-Wettbewerb um Frieden und nicht Krieg.

- **Werte – Interessen - Ziele**
  - Beispiellose US-Macht-position gibt Chance Grund-lage für Frieden zu legen.
  - Verbreitung von Freiheit und Führung einer „Gemeinschaft von Demokratien“.

- 
- „distinctive American internationalism“
  - „America must stand firmly for the nonnegotiable demands of human dignity“ [...]
  - We will work to translate this moment of influence into decades of peace, prosperity, and liberty. (NSS 2002: 1)

- „Governments that honor their citizens' dignity and desire for freedom tend to uphold responsible conduct toward other nations, while governments that brutalize their people also threaten the peace and stability of other nations.“ (NSS 2006: 3)

# National Security Strategy

2002

2006

---

- **Strategien – Instrumente**
  - Militärische Vorherrschaft.
  - Großmächte-Kooperation.
  - Antizipatorische Selbstverteidigung (Prävention und Präemption)
- „While the United States will constantly strive to enlist the support of the international community, we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of selfdefense by acting preemptively against such terrorists, to prevent them from doing harm against our people and our country.“ (NSS 2002: 6)
- **Strategien – Instrumente**
  - Militärische Vorherrschaft.
  - Ausweitung der „Community of Democracies“.
  - Großmächte-Kooperation.
- „The United States will, if necessary, act preemptively in exercising our inherent right of self-defense. The United States will not resort to force in all cases to preempt emerging threats. Our preference is that non-military actions succeed. And no country should ever use preemption as a pretext for aggression.“(NSS 2006: 3)

# Glossar zur antizipatorischen Selbstverteidigung

---

- Konzept der antizipatorischen Selbstverteidigung geht davon, dass das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 weit zu interpretieren und Verteidigungsmaßnahmen bereits vor einem Angriff erfolgen dürfen.
- Präemption ist militärisches Handeln, um unmittelbar bevorstehende Gefahren zu bekämpfen, wenn ein Akteur glaubt zu antizipieren, was eine anderer Akteur zu tun beabsichtigt.
- Militärische Prävention soll entweder eine Konflikteskalation verhindern oder durch einen Präventivkrieg sicherstellen, dass ein angenommener militärischer Vorteil durch Unterwerfung sichergestellt wird.

# National Security Strategy

2002

2006

---

- **Kooperation mit anderen Staaten**
    - Ein GM-Wettbewerb wird durch Vorherrschaft verhindert. Eingeschränkte Kooperation ist mit Indien, China und Russland wünschenswert.
    - Die NATO bildet das Zentrum der transatlantischen Kooperation. An ihr soll sich die EU orientieren.
  - **Völkerrecht /Int. Organisationen**
    - VR erhält instrumentellen Charakter (ABM, IStGH; Kyoto).
    - VN finden kaum Erwähnung.
- 
- **Kooperation mit anderen Staaten**
    - Zusammenarbeit mit demokratischen Staaten.
    - Führung einer „Community of Democratic States“.
    - Erschwerte GM-Kooperation: Russische demokratische Transition schwächer, Chinesisches Transformation erst begonnen.
  - **Völkerrecht /Int. Organisationen**
    - VR-Haltung weiterhin ambivalent: „Effektiver Multinationalismus.“
    - NATO weiterhin zentral, aber auch G-8 und VN sowie Regionalorganisationen.

# Externe Erwartungen I: Remarks to the Citizens in Mainz, President George H.W. Bush, Mainz, May 31, 1989

---

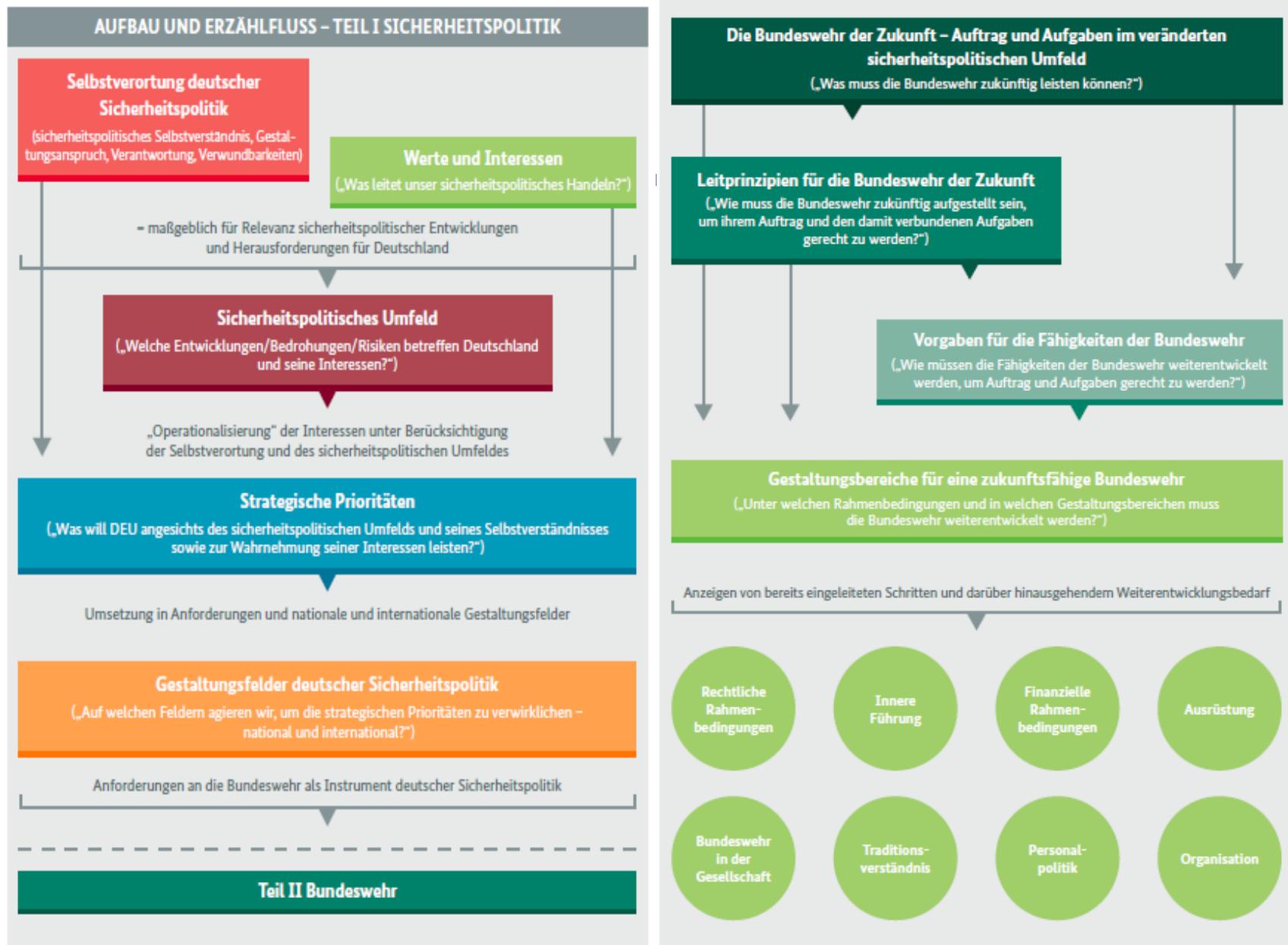
- And the historic genius of the German people has flourished in this age of peace, and your nation has become a leader in technology and the fourth largest economy on Earth. But more important, you have inspired the world by forcefully promoting the principles of human rights, democracy, and freedom. The United States and the Federal Republic have always been firm friends and allies, but today we share an added role: partners in leadership.
- Of course, leadership has a constant companion: responsibility. And our responsibility is to look ahead and grasp the promise of the future. I said recently that we're at the end of one era and at the beginning of another. And I noted that in regard to the Soviet Union, our policy is to move beyond containment. For 40 years, the seeds of democracy in Eastern Europe lay dormant, buried under the frozen tundra of the Cold War. And for 40 years, the world has waited for the Cold War to end. And decade after decade, time after time, the flowering human spirit withered from the chill of conflict and oppression; and again, the world waited. But the passion for freedom cannot be denied forever. The world has waited long enough. The time is right. Let Europe be whole and free.
- To the founders of the alliance, this aspiration was a distant dream, and now it's the new mission of NATO. If ancient rivals like Britain and France, or France and Germany, can reconcile, then why not the nations of the East and West? In the East, brave men and women are showing us the way. Look at Poland, where Solidarity, Solidarnosc, and the Catholic Church have won legal status. The forces of freedom are putting the Soviet status quo on the defensive. And in the West, we have succeeded because we've been faithful to our values and our vision. And on the other side of the rusting Iron Curtain, their vision failed.

Quelle: <http://usa.usembassy.de/etexts/ga6-890531.htm>



# Konflikttypen und ihre Verregelbarkeit

Konflikttyp	Problem	Verregelbarkeit
Wertekonflikt	Anwendung von Folter	Sehr gering
Interessenkonflikt über relativ bewertete Güter	Abrüstung unter Sicherheitsdilemma	gering
Mittelkonflikt	Klimaschutz	mittel
Interessenkonflikt über absolut bewertete Güter	WTO-Verhandlungen über Agrarhandel	hoch



# SP-Strategien der Bundesrepublik nach 1990

	Sicherheits begr.: eng / weit	Bedrohung / Risiken	Partner	Geograph. Perimeter	Instrumente: pol., ökon. Militär./Bewaffnung
Weißbuch 1994					
VPR 2003					
Weißbuch 2006					
Weißbuch 2016					

# Analytische Fragestellungen I: Bundesrepublik

---

1. Welche Kontextfaktoren (i.e. Krisen) haben den Strategieentwicklungsprozess wie beeinflusst?
2. Welche akteursspezifischen Bruchlinien (cleavages) lassen die Planungsdokumente erkennen, und welche Instrumente/Mechanismen dienen der (bürokratischen) Konsensfindung?
3. Welche Art von sicherheitspolitischer Verantwortung wird für welchen Akteur/Akteursgruppe proklamiert?
4. Wie kompatibel sind die nationalen Strategiedokumente mit den institutionellen Dokumenten?

# Vergleich: Strategische Dokumente der NATO

	Sicherheits begr.: eng/weit	Bedrohung / Risiken	Partner	Geograph. Perimeter	Instrumente: pol., ökon. Militär./Bewaffnung
Alliance Concept 91					
Alliance Concept 99					
Compreh. Pol. Guidance 06					
Strategic Concept 2010					
Wales Summit Decl. 2014					
Warsaw Summit Decl. 2016					

# Analytische Fragestellungen II: NATO

---

1. Welche Kontextfaktoren (i.e. Krisen) haben den Strategieentwicklungsprozess wie beeinflusst?
2. Welche akteursspezifischen Bruchlinien (cleavages) lassen die Planungsdokumente erkennen, und welche Instrumente/Mechanismen dienen der (bürokratischen) Konsensfindung?
3. Welche Art von sicherheitspolitischer Verantwortung wird für welchen Akteur/Akteursgruppe proklamiert?
4. Wie kompatibel sind die nationalen Strategiedokumente mit den institutionellen Dokumenten?

# Vergleich: Strategische Dokumente der NATO

	Sicherheits begr.: eng/weit	Bedrohung / Risiken	Partner	Geograph. Perimeter	Instrumente: pol., ökon. Militär./Bewaffnung
ESS 2003					
Strategic Review 2015					
ESS 2016					
Weißbuch 2016					

# Analytische Fragestellungen II: EU

---

1. Welche Kontextfaktoren (i.e. Krisen) haben den Strategieentwicklungsprozess wie beeinflusst?
2. Welche akteursspezifischen Bruchlinien (cleavages) lassen die Planungsdokumente erkennen, und welche Instrumente/Mechanismen dienen der (bürokratischen) Konsensfindung?
3. Welche Art von sicherheitspolitischer Verantwortung wird für welchen Akteur/Akteursgruppe proklamiert?
4. Wie kompatibel sind die nationalen Strategiedokumente mit den institutionellen Dokumenten?